

# Sozialwissenschaftliche Studie überMorgen. Der gesellschaftspolitische Diskurs.

(Auszug - Kapitel 7)

Autor: Fred Luks

[www.fredluks.com](http://www.fredluks.com), [mail@fredluks.com](mailto:mail@fredluks.com)

Der vorliegende Text ist ein Auszug aus der Sozialwissenschaftlichen Studie zum Projekt „überMorgen. Der Gesellschaftspolitische Diskurs“. überMorgen ist eine Initiative der Industriellenvereinigung (IV) gemeinsam mit dem Österreichischen Roten Kreuz und der ERSTE Stiftung. Das Projekt setzt sich das Ziel gesellschaftspolitische Zukunftsthemen mit einem breiten Spektrum der Bevölkerung zu thematisieren und zu diskutieren, zu einem besseren Verständnis gesellschaftspolitischer Sachverhalte beizutragen und Ideen für positive Zukunftsbilder zu liefern.

Die sozialwissenschaftliche Studie dient der Aufarbeitung des Diskussionstandes zu zwölf Themenkomplexen und jenen Fragen, die die Beteiligten für zentral für das Projekt halten. Der Text ist einerseits ein für sich selbst stehender Diskussionsbeitrag, er ist aber auch als Vor-Arbeit für die Diskussionsveranstaltungen zu verstehen, die im Rahmen des Projekts stattfinden werden sowie ein Element der Formulierung von Zukunftsbildern.<sup>1</sup>

## Inhalt der Studie

0. Ein gesellschaftspolitischer Diskurs für Österreich
  1. Erfolg und Scheitern
  2. Freiheit, (Eigen-)Verantwortung und Solidarität
  3. Demokratie, Teilhabe und Gestaltungsmacht
  4. Bildung und Wissen, Vernunft und Irrationalität, Fakten und Fake-News
  5. Diversität, Offenheit und Geschlossenheit
  6. Polarisierung und Spaltung, Beschleunigung und Eskalation
  7. Umwelt, Nachhaltigkeit und Resilienz
  8. Demographie, Familie, Kinder, Stadt / Land
  9. Arbeit und Muße in Zeiten der Digitalisierung
  10. Wohlstand und Wirtschaft
  11. Innovation und Exnovation
  12. Zukunftsangst und Zukunftsoptimismus
  13. Schlussfolgerungen. Pessimismus des Verstandes, Optimismus des Willens

1. Die folgenden Ausführungen geben nicht notwendigerweise die Auffassungen der Auftraggeber wieder und liegen allein in der Verantwortung des Autors.

## Auszug Kapitel 7

### Umwelt, Nachhaltigkeit und Resilienz

#### **Nachhaltigkeit: Eine „große Transformation“?**

„Transformation“ ist heute ein Schlüsselbegriff des Nachhaltigkeitsdiskurses. Dies gilt nicht zuletzt aufgrund der explizit als Transformationsagenda formulierten Agenda 2030 der Vereinten Nationen. Zu den in dieser Agenda 2015 verabschiedeten 17 Nachhaltigkeitszielen dieser Agenda haben sich auch Österreich und die Europäische Union bekannt. Schon in der Präambel der Agenda 2030 wird der hohe und umfassende Veränderungsanspruch deutlich, der mit den globalen Nachhaltigkeitszielen verbunden wird:

„Wir sind entschlossen, die Menschheit von der Tyrannei der Armut und der Not zu befreien und unseren Planeten zu heilen und zu schützen. Wir sind entschlossen, die kühnen und transformativen Schritte zu unternehmen, die dringend notwendig sind, um die Welt auf den Pfad der Nachhaltigkeit und der Widerstandsfähigkeit zu bringen. Wir versprechen, auf dieser gemeinsamen Reise, die wir heute antreten, niemanden zurückzulassen.“ (Vereinte Nationen 2015)

„Transformation“ ist heute – nicht zuletzt aufgrund der UN-Agenda – ein Schlüsselwort, wenn es um nachhaltige Entwicklung geht. Die begriffsgeschichtliche Karriere der „großen Transformation“ beginnt schon Mitte der 1940er Jahre. Karl Polanyis 1944 erschienene Studie *The Great Transformation* ist ein Schlüsseltext, wenn man die Herausbildung moderner marktwirtschaftlicher Systeme verstehen will. Polanyi (1978) beschreibt, welche zentrale Rolle die Verselbstständigung des Marktes für die Entstehung von Kapitalismus und Industriegesellschaft hatte. Die „Entbettung“ des Marktes war, was die Folgen dieser Entwicklung angeht, tatsächlich eine umfassende Transformation mit die tiefgreifenden ökonomischen, politischen, sozial und ökologischen Folgen.

Einen Wandel ähnlichen Ausmaßes hält der deutsche Wissenschaftliche Beirat für Globale Umweltveränderungen (WBGU) für notwendig (vgl. zum Folgenden auch Luks 2014, 169ff.; 2018; 2019). Wenn eine nachhaltige Entwicklung erreicht werden soll, dann reichen nach Einschätzung des WBGU keine kleinen Reformen – notwendig ist der ganz große Wandel. Entsprechend trägt das einschlägige Gutachten des WBGU (2011) den Titel *Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation*. Der WBGU liefert mit dieser Agenda ein anschauliches Beispiel für den Dreiklang aus Problemsicht, Entschlossenheit und Gestaltungswillen, wie er im Diskurs über das Leitbild der Nachhaltigkeit nicht eben selten ist. Die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung schrieb in diesem Zusammenhang, man sei hier mit einer „historisch einmaligen Häufung von Wichtigkeit“ konfrontiert (Haupt 2013).

Aus Sicht des WBGU (2011, 27) stellen Umweltprobleme nicht weniger als die Moderne selbst in Frage:

„Der ‚fossilnukleare Metabolismus‘ der Industriegesellschaft hat keine Zukunft. Je länger wir an ihm festhalten, desto höher wird der Preis für die nachfolgenden Generationen sein. Doch es gibt Alternativen, die allen Menschen zumindest die Chance auf ein gutes Leben in Grenzen des natürlichen Umweltraumes eröffnen können. Ohne eine weltweite Übereinkunft, diese Alternativen tatsächlich zu wagen, werden wir nicht aus der Krise der Moderne herausfinden.“

Das Ausmaß an Änderungen, das den Gesellschaften der Industrie- und Schwellenländer bevorsteht, dürfte der von Polanyi beschriebenen *Great Transformation* in Umfang und Wirkungstiefe tatsächlich kaum nachstehen. Mehr Umweltschutz, Sozialpolitik und Finanzmarktregulierung reichen aus dieser Perspektive nicht aus: Es geht hier letztlich darum, einen wachstumsunabhängigen Kapitalismus, eine

„reduktive Moderne“ und resiliente Formen demokratischen Zusammenlebens zu organisieren – in der Tat eine große Transformation von Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Kultur (vgl. auch Luks 2014, 169ff.; 2018, 227ff.; 2019; Schneidewind 2018).

Der Umfang dieser Aufgaben stellt einen vor komplizierte Fragen, insbesondere im Hinblick auf Themen wie Demokratie, Freiheit und den Umgang mit Wissen und Wissenschaft. Gerade der letzte Punkt wirft ein bezeichnendes Licht auf die Grundproblematik, nämlich die Spannung zwischen Problemdruck und Reaktionsfähigkeit von modernen Gesellschaften. Besonders die Langfristigkeit der hier anstehenden Weichenstellungen macht eine „große“ Transformation zu einem heiklen Unterfangen, wenn man die Demokratie als gegebene (wenn auch veränderbare) Größe ansieht und sie nicht, wie in Publikationen des Club of Rome (vgl. Randers 2012a; 2012b) durchgedacht, in Frage stellen möchte.

Dass der WBGU (2011, 10, 205) den „gestaltenden Staat“ ins Zentrum seiner Transformationsstrategie stellt und die „Große Transformation“ als „Test für die Zukunftsfähigkeit der Demokratie“ bezeichnet, hat für einige Kritik gesorgt. So hat der deutsche Wirtschaftswissenschaftler Carl Christian von Weizsäcker (2011) die demokratiepolitischen Paradoxien der WBGU-Strategie deutlich benannt und formuliert, der Rat schein „nun als Erster in der Weltgeschichte zu einer fundamentalen Umwälzung von der Größenordnung der industriellen Revolution aufzurufen.“ Auch ohne Verweis auf die Gefahr einer „Ökodiktatur“ kann man hier ein reales Problem erkennen. Die Kombination aus (großen) Langfristproblemen wie Klimawandel und oft auf Kurzfristigkeit angelegten politischen (und ökonomischen) Strukturen wirft ernste Probleme auf.

Was einer demokratiekompatiblen und plausibel aussehenden umfassenden Transformation gut tun würde: ein klares Bewusstsein darüber, dass es einen ganz entscheidenden Unterschied zwischen der von Polanyi beschriebenen Great Transformation und der heute angestrebten Großen Transformation Richtung „Nachhaltigkeit“ gibt – Polanyi beschreibt ex post einen historisch gewordenen Prozess, der WBGU skizziert einen planvollen Wandel, der auf ein Ziel („Nachhaltigkeit“) hin entworfen wird. Dabei ist klar, dass der Staat alleine keine Transformation erreichen wird: Der Staat ist ein (sehr wichtiger) Akteur, aber ohne die Phantasie, die Initiativen, den Mut und das Geld ganz unterschiedlicher Akteurinnen aus Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Wissenschaft kann die Sache nicht gelingen. Schon ob die Transformation zur Nachhaltigkeit überhaupt tatsächlich gewollt wird, so der Soziologe Karl-Werner Brand (2017, 449),

„ist eine politische Frage, abhängig vom gesellschaftlichen Diskussionsstand, von den jeweiligen Macht-, Interessen- und Akteurskonstellationen, von der politischen Handlungsfähigkeit und den jeweils dominanten Leitbildern gesellschaftlicher Entwicklung.“ (Herv. dort)

Schon deswegen kann es keinen „Masterplan“ geben – Transformation realisiert sich in einer Demokratie nicht durch einen „großen Sprung nach vorne“, sondern durch eine Vielzahl und Vielfalt von Veränderungen. Bei einer Transformation in Richtung Nachhaltigkeit geht es folglich, wie die Nachhaltigkeitsforscher Bernd Sommer und Harald Welzer (2014, 51; ihre Hervorhebung) schreiben,

„weniger um einen ‚Systemwechsel‘, um eine intentionale Veränderung der Gesellschaft in toto, sondern vielmehr um Schrumpfung oder Abschaffung nicht-zukunftsfähiger Teilbereiche der Gesellschaft gerade mit dem Ziel, andere zu bewahren.“

Es ist eine offene Frage, welche Zukunft vor diesem Hintergrund die anspruchsvolle und weitreichende Transformationsagenda der Vereinten Nationen hat. Die 17 Ziele mit ihren 169 Unterzielen haben ob ihrer Allumfassendheit schon für Spott gesorgt, und in der Tat müssen die völlige Unfähigkeit zur Prioritätensetzung, die überambitionierten Zielformulierungen und der völlig irrationale Zeithorizont befremden. Andererseits bietet die Vielfalt der Transformationsziele zahlreiche Anknüpfungspunkte für Initiativen aus ganz unterschiedlichen Bereichen. Akteure, die sich für Nachhaltigkeit einsetzen wollen und politisch legitimierte „Andockpunkten“ suchen, werden bei den UN-Nachhaltigkeitszielen mit

ziemlicher Sicherheit fündig werden. Es ist eine der wichtigsten gesellschaftspolitischen Fragen unserer Zeit, ob die Bekenntnisse zu Nachhaltigkeit und Transformation sich in Praxis übersetzen oder Worte bleiben.

### ***Reduktion und Resilienz: Nachhaltigkeit zwischen Rhetorik und Realität***

Dieser skizzierte transformative Umbau zielt gerade im ökologischen Bereich wesentlich auf die (massive) Reduktion von umweltschädlichen Verbräuchen und Emissionen ab, also auf die Schrumpfung der Inanspruchnahme natürlicher Quellen und Senken. Das prominenteste Beispiel ist das Pariser Klimaschutzabkommen, das ganz wesentlich ein internationales Abkommen zur Schrumpfung von Kohlendioxidemissionen ist. Der wesentliche Unterschied zwischen „Paris“ und andere Umweltabkommen liegt darin, dass hier nicht ein leicht zu substituierender Stoff reduziert werden soll, sondern eine umfassende „Dekarbonisierung“ einer kohlenstoffbasierten Art zu wirtschaften angestrebt wird.

Neben „Dekarbonisierung“ und „Dematerialisierung“ (Schmidt-Bleek 1994) ist die Kreislaufwirtschaft („circular economy“) ein zentraler Begriff der ökologischen Nachhaltigkeitsdiskussion, zumal auf europäischer Ebene. Hier geht es auch um eine Reduktion von Stoffmengen, vor allem aber um deren zirkuläre Führung und damit auch um die „Konsistenz“ von Materialströmen (Huber 1995). Eine Kreislaufwirtschaft, die diesen Namen verdient, wäre damit ein quantitativer und qualitativer Beitrag zur ökologischen Nachhaltigkeit von Produktions- und Konsumprozessen.

Beim Leitbild der nachhaltigen Entwicklung geht es wesentlich um das Offenhalten möglicher Zukünfte und die Erhaltung von Potenzial für Entwicklungen. Resilienz als die Fähigkeit, Störungen abzupuffern, Schocks zu absorbieren und sich nach Überlastungen wieder zu erholen, ist dabei ein Schlüsselbegriff. Redundanz und Vielfalt sind wichtige Faktoren für die Resilienz von Strukturen und Prozessen. Deshalb sind extrem arbeitsteilige und technisierte Strukturen beispielsweise verletzlicher als auf Wechselseitigkeit und bürgerschaftlicher Assoziation basierende Systeme (Leggewie / Welzer 2010).

Arbeitsteilung und Technisierung sind bekanntlich ebenso Kennzeichen moderner wirtschaftlicher und politischer Systeme wie das Streben nach Wachstum (vgl. noch [Kapitel 10](#)). Somit besteht, um das Mindeste zu sagen, eine gewisse Spannung zwischen etablierten gesellschaftlichen Strukturen und wesentlichen Zielen einer nachhaltigen Entwicklung. Nicht zuletzt die Spannung zwischen klimapolitischen Schrumpfungsziele und der herausragenden Bedeutung des Wachstumsziels hat dazu beigetragen, dass zwischen Bekenntnissen zur Nachhaltigkeit und konkreten Schritten zu ihrer Erreichung nach wie vor große Lücken bestehen.

Instruktiv sind in diesem Zusammenhang zwei Beispiele aus Österreich. Mission 2030 ist die aktuelle Klima- und Energiestrategie der Bundesregierung (BMNT / BMVIT 2018). Die Strategie wurde von verschiedenen Seiten kritisiert, vor allem wegen der mangelnden Quantifizierung von Zielen und dem Fehlen klarer finanzieller Commitments (vgl. Luks 2018a; 2019a). Sowohl von zivilgesellschaftlicher als auch von wissenschaftlicher Seite wurde darauf hingewiesen, dass das völlige Fehlen von klaren Schritten im Bereich von Steuern und Subventionen („ökologische Finanzreform“) die Wirksamkeit der Mission 2030 massiv mindert. Entsprechende Apelle blieben ungehört. Wer bei der entsprechenden Enquete-Sitzung im Nationalrat zugegen war, konnte das – gelinde gesagt – schwierige Verhältnis zwischen weiten Teilen von Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf der einen und weiten Teilen der Politik andererseits mit Händen greifen (vgl. auch oben [Kapitel 4](#)).

Die (Nicht-)Berücksichtigung zivilgesellschaftlichen Engagements und wissenschaftlicher Expertise – und damit zum zweiten Beispiel – ist auch ein wiederkehrender Punkt im Bericht des Rechnungshofes (2018) zu Status und Umsetzung der oben erörterten Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen (vgl. z.B. 35). Fragmentierter Umsetzungsprozess, defizitäres Berichtswesen, mangelnde Berücksichtigung

thematischer Wechselwirkungen und Fehlen einer gesamtstaatlichen Strategie sind Stichworte des Rechnungshofberichts. Insgesamt zeichnet der Bericht ein desaströses Bild, wie an folgender Passage deutlich wird: Der Rechnungshof (2018, 31) stellt dort „kritisch fest“, dass

„zur Zeit der Gebarungsüberprüfung kein gesamtstaatlicher, die Wechselwirkungen zwischen den nachhaltigen Entwicklungszielen berücksichtigender Umsetzungsplan mit klar definierten Verantwortlichkeiten auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene, mit konkreten Maßnahmen sowie mit einem Zeitplan zur Umsetzung der Agenda 2030 vorlag, obwohl die nachhaltigen Entwicklungsziele eine Vielzahl an Querschnittsmaterien umfassten.“

Auf das von der Bundesregierung auch im öffentlichen Diskurs immer wieder vorbrachte gute Abschneiden in Rankings „entgegnet“ der Rechnungshof (2018, 31) in unzweideutiger Weise dass

„für die genannte Umsetzungsbewertung, deren Ausgangsdaten und Annahmen für den RH zudem nicht vollständig nachvollziehbar dargestellt waren, keinesfalls die Erstellung eines gesamtstaatlichen, die Wechselwirkungen zwischen den nachhaltigen Entwicklungszielen berücksichtigenden Umsetzungsplans ersetzen kann.“

Jenseits des politischen Raums gibt es in Österreich freilich eine große Zahl von Initiativen und Organisationen, die sich für Nachhaltigkeit engagieren oder zu diesem Thema forschen. Es gibt nicht nur „klassische“ Sozial- und Umweltorganisationen wie das Rote Kreuz, die Caritas, Greenpeace oder den WWF, sondern mittlerweile auch Initiativen, die ausdrücklich an einem umfassenden Nachhaltigkeitsbegriff orientiert sind. Beispiele sind „Wachstum im Wandel“, SDG-Watch, das Netzwerk Transformationsforschung, die Allianz Nachhaltige Universitäten sowie deren Projekt „UnNETZ“. Generell werden Austausch, Zusammenarbeit und gemeinsamer Diskurs in der Nachhaltigkeitswissenschaft immer wichtiger. Dieser Trend zur Kooperation ist auch im Bereich der Wirtschaft zu beobachten, wo Initiativen wie der Global Compact (weltweit) oder respACT (in Österreich) wesentlich auch als Vernetzungsstellen zum Thema unternehmerische Verantwortung wirken.

### ***Nachhaltigkeit und unternehmerische Verantwortung***

Auch im Bereich der Unternehmensverantwortung gibt es eine Reihe von Initiativen, und auch hier wird hochkarätige Forschungsarbeit in Österreich geleistet. CSR – Corporate Social Responsibility, also die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen – ist die wichtigste Anwendung des Nachhaltigkeitsleitbildes auf Unternehmensebene. Die oben erörterte Beziehung zwischen Freiheit und Verantwortung spitzt sich hier an ökologischen und sozialen Themen zu. Verantwortung für die Wirkungen ihres Handelns zu übernehmen, erhöht die Komplexität von Management und fordert von Mitarbeitenden neue Kompetenzen.

Am grundlegenden Anliegen unternehmerischer Verantwortung hat seit seiner Durchsetzung wenig geändert (vgl. Friesl 2008; Luks 2010b; Findler / Martinuzzi 2015): Es geht um die Übernahme von Verantwortung für Nachhaltigkeit. Was das genau bedeutet, hat sich freilich gewandelt: Stand vor einigen Jahren noch die Freiwilligkeit unternehmerischer Aktivitäten auf diesem Feld im Zentrum, geht es heute eindeutig um die Wirkung, die Unternehmen in sozialer, ökologischer und wirtschaftlicher Hinsicht entfalten. Wenn Unternehmen sich ernsthaft mit Nachhaltigkeit auseinandersetzen, geht es im Jahre 2019 nicht um Spendensammeln oder Charity, sondern um die Kenntnis über und das aktive Management der Wirkungen der ökonomischen Aktivitäten eines Unternehmens. Creating Shared Value (Porter / Kramer 2011) ist in diesem Zusammenhang ein wichtiges Stichwort.

Freilich hat unternehmerische Verantwortung mittlerweile einen Verbreitungs- und Allgemeinheitsgrad erreicht, der eine Identifikation dessen erschwert, was eigentlich nicht zur CSR gehört. Und wie beim

Nachhaltigkeitsleitbild kann man hier Chancen ebenso wie Risiken entdecken. Die Chancen liegen unter anderem in der erfolgreichen Verbindung von wirtschaftlichen und sozial-ökologischen Zielsetzungen. Zu den Dingen, die man mit CSR machen kann, zählen unter anderem: Kostenreduktion, Reputations- und Markenstärkung, Kundenkommunikation, Mitarbeitermotivation, Employer Branding (gerade mit Blick auf junge Menschen der „Generationen“ Y und Z), Stakeholdermanagement, Innovationsförderung und Risikomanagement.

Heute wissen die meisten Unternehmen, dass sie ihre Stakeholder zufrieden stellen müssen, um erfolgreich zu sein. Das gilt nicht für jeden Wirtschaftssektor gleichermaßen, aber Reputation ist letztlich überall ein zentraler Erfolgsfaktor. Reputation ist die Wahrnehmung eines Unternehmens durch seine Stakeholder, also Kundschaft, Beschäftigte, Zulieferer, Behörden, Anrainer, Nichtregierungsorganisationen, Medien und so weiter. Im Reputationsthema liegt wohl auch ein Schlüssel für den Erfolg und die künftige Entwicklung von CSR. Die Substanz von Aktivitäten im Bereich CSR hat deutlich zugenommen- und die Greenwashing gehen ein erhebliches Reputationsrisiko ein. Wenn wirklich eine nachhaltige „Moralisierung der Märkte“ (Stehr 2007) stattfindet, greifen gesellschaftlicher Strukturwandel und normative Anforderungen an unternehmerisches Handeln womöglich ineinander.

Das gesamte Literaturverzeichnis finden Sie [hier](#).